

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 22

Artikel: Mit Signalen nach Annalen : das leninsche Konzept der sowjetischen Aussenpolitik in der Neuanwendung
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094388>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

heitspartnerschaft mit der Sowjetunion zu beantragen, was nach seinen Worten zur Konsequenz hat, die jetzt gültige Nato-Strategie abzulösen.

Zustimmung fand Bülows Entwurf darüber hinaus erwartungsgemäss bei den Grünen, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht so grün sind und sich die Parolen der sowjetischen Friedenspropaganda noch unbedenklicher zu eigen machen als die SPD.

Den politischen Standort der SPD bestätigte ihr Vorsitzender, Willy Brandt, zehn Tage später auf eindeutige Weise. Von DDR-Parteichef Honecker herkommend, sagte er, die SPD werde noch im November (im Monat des Genfer Gipfels also) mit der SED in Verhandlungen über einen atomfreien Gürtel in Mitteleuropa treten. Diese Gespräche seien die Fortführung des bereits beschlossenen Vertrags über eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Es handelt sich also um eine offene Aktionseinheit der SPD mit einer regimobilenden kommunistischen Partei des Ostblocks, die ihrerseits die Wünsche Moskaus zu erfüllen hat.

Als «die Union» (CDU plus CSU; zurzeit Regierungsparteien) dem SPD-Präsidenten dann vorwarf, er betreibe eine «Nebenaussenpolitik», ging Brandt zum Gegenangriff über: «Wir haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sachliche Zusammenarbeit anzuregen und uns auf die neue Regierungsverantwortung vorzubereiten.» Und: «Amerikahörigkeit als Ersatz für deutsche Politik, das machen wir nicht mit». (... wohl aber deutsche Politik zusammen mit einer DDR, deren Sowjethörigkeit dort niemand straflos anfechten darf).

Ende Nato in zwei Jahren?

Begreiflicherweise machen sich die Amerikaner ihrerseits Gedanken über den neuen Kurs der SPD. Ein Zitat aus dem «Wall Street Journal» belegt, dass man die Überlebensfrage der Nato gestellt sieht: «Im Falle von Wahlerfolgen der SPD und der Labour Party würden Stabilität und Solidarität der westlichen Allianz einen harten Schlag erleiden. Es ist ernsthaft daran zu zweifeln, dass die Allianz unter diesen Umständen überleben könnte. Dann aber wären die Vereinigten Staaten gezwungen, ihre Nachkriegsverpflichtungen zu überprüfen, wobei es fast unvermeidlicherweise zu einem Rückzug der US-Truppen käme. Die Westeuropäer würden dann ihre Türen den Sowjets weit öffnen.»

Ist gegebenenfalls zu erwarten, dass die Suppe weniger heiss gegessen als gekocht wird? Es gibt keinen Anlass zu einer solchen Annahme. Der neue Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, gehört zur politischen Mitte seiner Partei. Und auch er befürwortet eine atomfreie Zone in Mitteleuropa und lehnt die geplanten amerikanischen Verteidigungswaffen im Weltraum ab. Das lässt ersehen, wie die Bonner Aussenpolitik bei einem Wahlsieg der SPD im Minimum aussehen wird. Der Fortbestand der westlichen Allianz ist keine sichere Sache mehr.

jp/cb

Das leninsche Konzept der sowjetischen Aussenpolitik in der Neuanwendung

Mit Signalen nach Annalen

Wenn der neue sowjetische Aussenminister spricht, dann spricht der alte Lenin mit. Der Text wird laufend nachgeführt und dabei immer neu codiert.

Nach Lenin ist es keinem sowjetischen Führer gelungen, in so kurzer Zeit wie Gorbatschow die ungeteilte Macht zu übernehmen und eigene Leute in weniger als einem Jahr an die wichtigsten Hebel zu setzen. Es ist darum notwendig, die ersten aussenpolitischen Signale zu untersuchen, die Gorbatschows Equipe in letzter Zeit gesetzt hat. Von Belang ist besonders das Auftreten des neuen Aussenministers Eduard Schewardnadse vor der 40. Generalversammlung der UNO.

Der zackige Friedensstern

Die sowjetische Sorge wegen der amerikanischen Strategischen Defensiv-Initiative (SDI) steht im Vordergrund, so auch die Folgen der unbedachten Etikettierung westlicher Politik durch Journalisten, die hoffentlich nur gedankenlos das SDI-Konzept als «Krieg der Sterne» apostrophierten. Am Ende seiner UNO-Rede vom 24. September konnte sich Schewardnadse daher den Punkt leicht holen: «Um den schrecklichen «Krieg der Sterne» abzuwehren, unterbreitet die UdSSR der internationalen Gemeinschaft das Konzept eines «Friedens der Sterne.»

Doch der neue Aussenminister sprach von der marxistisch-leninistischen Basis aus, auch wenn er weder Marx und Lenin nannte noch sich auf die Ideologie bezog. Und mit verbindlich lächelndem Gesicht tat er es konsequenter noch, als man es vom griesgrämigen Gromyko gewohnt war. Am Anfang seiner Rede führte er aus:

«Heute kann mit grosser Befriedigung festgestellt werden, dass diese 40 Jahre (seit Gründung

der UNO) ohne Krieg vergangen sind. In diesem Zeitraum hat sich die Welt tiefgreifend verändert. Das sozialistische Weltsystem – ein System mit Staaten, deren soziopolitische Natur jegliches Interesse an Kriegen ausschliesst – wurde gegründet und hat sich entwickelt. Jeglicher Einsatz der Länder der sozialistischen Gemeinschaft im internationalen Bereich auf der Politik der friedlichen Koexistenz unter Staaten basiert mit unterschiedlicher Sozialordnung. Die Bedeutung



Eduard Schewardnadse

Fortsetzung von Seite 5

wort auf der Hand liegt: Die Völker, die ihre Unabhängigkeit verloren haben, hätten Aussichten, sie zurückzugewinnen.

Das Argument bezieht sich kaum auf jene, die das Konzept der «zwei Supermächte» vertreten – China, Albanien und die Blockfreien –, sondern auf jene, gegen welche die sowjetische Militärmacht eingesetzt würde, sollten sie ein derartiges «Konzept» vertreten: die baltischen Staaten, Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei, eine Militärmacht übrigen, die schon 1921 gegen Schewardnadses Georgien eingesetzt worden war. All diese Länder befinden sich in einer ganz andern Lage als die Staaten, denen die ehemaligen Kolonialmächte die Unabhängigkeit eingeräumt haben.

Solche Bezüge auf das «sozialistische Weltsystem» oder die «sozialistische Gemeinschaft», üblich für sowjetische Sprecher, illustrieren die sowjetische Technik des «Beginns mit Zug zwei», wonach die Reaktion auf eine sowjetische Massnahme (der eigentlich erste Zug) als provokatorische Aktion gewertet wird. Schewardnadses Rede enthält manche Illustration dieser Technik.

Er behauptet beispielsweise: «Bereits 1946 schlug die UdSSR die Ächtung von Nuklearwaffen für alle Zeiten vor.» Im Juni 1946 anerbieten die USA – damals die einzige Atommacht – mit dem Baruchplan, ihre gesamten Vorräte an Nuklearmaterie internationaler Kontrolle zu unterstellen. Die Sowjetunion lehnte diesen Vorschlag ab und verlangte statt dessen ein sofortiges Verbot der Herstellung und Benützung von Atombomben, die sie zu jener Zeit noch nicht besass, obzwar sie damals eine konventionelle militärische Übermacht aufwies und heute immer noch hat. Die sowjetische Haltung lässt sich auf einfache Weise erklären. Mit der Annahme des amerikanischen Angebotes hätte sich auch die UdSSR internationaler Kontrolle unterstellen müssen. Der sowjetische Gegenvorschlag musste als völlig unwirksam zurückgewiesen werden und erlaubte Moskau – zudem noch im Schatten des Stockholmer Appells gegen Atombomben –, sein eigenes Arsenal zu entwickeln.

Ein weiteres Beispiel lieferte Schewardnadses mit dem Satz: «Es waren die USA, welche die sowjetisch-amerikanischen Gespräche über eine Begrenzung der Nuklearwaffen in Europa

torpedierten, indem sie ihre neuen Atomraketen auf dem europäischen Kontinent zu stationieren begannen.» Die USA nahmen die Stationierung ihrer neuen Raketen erst auf (2. Zug), als die UdSSR in der Periode der Entspannung der siebziger Jahre ihre SSU-20-Raketen aufstellten (1. Zug). Sie weisen eine Reichweite von 5000 km und drei unabhängige Nuklearsprengköpfe auf, wogegen die Nato keine Antwort hatte. Als die Nato am 12. Dezember 1979 den Nachrüstungsbeschluss fasste, hatte die Sowjetunion bereits 126 solche Raketen mit 378 Sprengköpfen aufgestellt – heute sind es deren 450. Kaltblütig bezeichnete Schewardnadses die sowjetische Vorrüstung als «Gegenmassnahme».

Bezüglich Afghanistan führte der sowjetische Aussenminister aus: «Sobald die (ausländische) Intervention beendet und ihre Nichtwiederaufnahme garantiert ist, wird das sowjetische militärische Kontingent nach Vereinbarung mit der Regierung Afghanistans zurückgezogen werden können», das heisst mit jener Regierung, welche die Sowjets nach ihrer Invasion am 27. Dezember 1979 einzusetzen beliebten und trotz des Widerstandes im Volk und entgegen den jährlich neu gefassten Resolutionen der UNO an der Macht halten.

Schewardnadses über Kontrolle

Ein klassisches Beispiel für die Vorbereitung beabsichtigter Desinformation lieferte der neue Aussenminister mit folgendem Satz aus seiner Rede: «Im Zusammenhang mit den vorgeschlagenen Massnahmen zur Begrenzung und Reduktion von Waffen ist die Sowjetunion der Ansicht, dass es notwendig ist, zureichende Kontrollmechanismen zu schaffen, nationale in einigen Fällen oder nationale in Verbindung mit internationalen, wann immer eine objektive Notwendigkeit dafür gegeben ist.» Aus dieser Passage kann, ohne mit der Wimper zu zucken, zitiert werden: *Die Sowjetunion ist der Ansicht, dass es notwendig ist, zureichende Kontrollmechanismen zu schaffen.* Dieser Satz wurde für die westliche öffentliche Meinung sehr geschickt formuliert: Er verdeckt die Tatsache, dass sich die Sowjetunion bis heute immer geweigert hat, irgendwelche internationalen Kontrollen auf ihrem Gebiet zuzulassen. Desgleichen wurde mit dem Wortspiel «Frieden der Sterne» die westliche Öffentlichkeit visiert, um den Umstand zu unterschlagen, dass sich die Sowjetunion seit über zehn Jahren mit

der Entwicklung von Abfangtechniken gegen Raketen und Satelliten befasst.

Aggression und Verteidigung

Die sowjetische Doktrin über Angriffs- und Verteidigungskriege hat Lenin im ersten Kapitel seiner in Bern verfassten Studie «Die Grundsätze des Sozialismus und der Krieg 1914/15» klar umrissen: «Die Sozialisten verstanden unter einem «Verteidigungs»-Krieg stets einen in diesem Sinn «gerechten» Krieg... Wenn zum Beispiel morgen Marokko an Frankreich, Indien an England, Persien oder China an Russland usw. den Krieg erklärten, so wären das «gerechte» Kriege, «Verteidigungs»-Kriege, unabhängig davon, wer als erster angegriffen hat...» (Lenin, 21, 300 f.)

Vor dieser klaren Aussage schrecken Lenins Nachfolger begrifflicherweise zurück. Was wäre denn, wenn sich sowjetische Satelliten mit einer Kriegserklärung gegen die grösste Kolonialmacht Sowjetunion erheben würden? Dürften auch sie auf Lenin setzen? Dieser verheisst an gleicher Stelle: «Jeder Sozialist würde mit dem Sieg der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Staaten über die Unterdrückten, die Sklavenhalter, die Räuber... sympathisieren.» Heute müssen die Sowjets mit dem Begriff der legitimen Kriegserklärung zurückhaltend umgehen. Daher ihre Taktik, den eigenen ersten Zug als Gegenzug zu deklarieren, also mit Zug zwei zu beginnen.

Daher auch der Versuch, die SDI als offensiv zu bezeichnen, obwohl sich die Sowjetunion seit Jahren mit vergleichbaren Entwicklungen befasst, nun aber fürchten muss, von den USA überholt zu werden.

Der Klartext von Genua: Fast aktueller noch als 1922

Lenin ist als Mumie im Mausoleum auf dem Roten Platz verewigt. Seine Werke sind in die meisten Sprachen übersetzt und stehen bezüglich Auflagezahlen nur gerade hinter der Bibel; sie sind das Fundament der Ideologie, von der sich auch die heutige Sowjetführung leiten lässt. Sein Wort hat absolute Geltung, seine taktischen Anweisungen werden befolgt.

Jene, die er den sowjetischen Delegierten an die Konferenz von Genua im April 1922 mitgab, sind besonders interessant. Im Februar 1921 hatte die Rote Armee Georgien besetzt,

City Bank-Anlageplus

CITY BANK

– die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

4½% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit

Bis 31. Dez. 1985

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
 Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
 Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am ehesten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

mit dessen legitimer menschenwistischer Regierung Moskaus Bolschewisten 1920 einen Vertrag unterzeichnet hatten, wonach die Unabhängigkeit Georgiens geachtet werde. Das Land wurde innerhalb eines Monats von Stalin, dem damaligen Volkskommissar für Nationalitäten – und selber Georgier – besiegt.

In diesem Zusammenhang von besonderem Interesse ist der «Entwurf einer Direktive» für die Mitglieder der Genua-Delegation vom 1. Februar 1922, der erst 1964 veröffentlicht worden ist. Darin ist zu lesen: «*Es ist sehr wahrscheinlich und sogar sicher, dass alle bürgerlichen Delegierten der Konferenz sofort einen stillschweigenden, aber festen Block bilden werden, um wegen Georgien ... über uns herzufallen. Wir müssen uns rechtzeitig darauf vorbereiten und unbedingt als erste zur Offensive übergehen (neben unserer Hauptaufgabe, die verschiedenen Länder auseinanderzubringen, sie untereinander zu entzweien). Dieses Übergehen zur Offensive muss vorwiegend indirekt erfolgen.*» (Lenin, Ergänzungsband II, 409.)

Das Erstaunliche dieser Ausführung liegt nicht im Inhalt; dieser entspricht der Auffassung Lenins, die allerdings selten so unmissverständlich dargelegt worden ist. Erstaunlich ist vielmehr die Tatsache, dass dieser Text überhaupt – wenn auch erst 1964 – veröffentlicht worden ist. Das kann nur mit der Liberalisierung Chruschtschows erklärt werden, der ja auch die Veröffentlichung von Solschenizyns «Ein Tag im Leben des Iwan Denisowitsch» zuließ.

Von beklemmender Aktualität ist übrigens auch Lenins «Entwurf eines Beschlusses des Zentralkomitees ... über die Aufgaben der sowjetischen Delegation in Genua» vom 24. Fe-

bruar 1922, ebenfalls erstmals 1964 veröffentlicht, wo folgende Anweisung stand: «Es ist alles Mögliche und sogar Unmögliches zu unternehmen, um den pazifistischen Flügel der Bourgeoisie zu stärken ... dies erstens –, und zweitens, um die in Genua gegen uns vereinigten bürgerlichen Länder untereinander zu entzweien – das sind die zwei Seiten unserer politischen Aufgabe in Genua. Auf keinen Fall die Darlegung kommunistischer Anschauungen.» (Lenin, Ergänzungsband II, 422.) Diese beiden Zitate sind bemerkenswerterweise in der spanischen Ausgabe der gesammelten Werke Lenins nicht erschienen.

Militärischer oder politischer Krieg?

Lenin war immer bereit gewesen, die Zähne zu zeigen und notfalls militärisch zuzubeissen. Wo er konnte, hat er es auch getan, in Georgien und in Zentralasien. Erfolglos hat er es in Polen versucht.

Aber gegen das Ende seines Lebens hat er eingesehen, dass der militärische Krieg weder das einzige noch das beste Mittel ist, andere Länder und Völker zu unterjochen. Auf ihn ist das Konzept der *politischen Kriegführung* mittels Agitation, Propaganda, Subversion, Infiltration, Erpressung, Drohung und Terror zurückzuführen. Hatte Clausewitz, dessen Werk «Über den Krieg» Lenin eingehend studierte, den Krieg als Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln definiert, so kehrte Lenin diese Definition um: die Aussenpolitik wurde ihm zur Fortsetzung des militärischen Krieges mit andern Mitteln. Damit setzte er der Aussenpolitik jene offensiven Ziele, die zuvor nur mit

dem militärischen Krieg angestrebt werden konnten.

Auf dieser Linie, in der Form verbindlicher, aber in der Sache weit härter als Tschernenko, verfolgten Gorbatschow und sein Team das alte Ziel der Hegemonie.

Gorbatschow in Paris

Anlässlich seines Staatsbesuches in Frankreich hielt Gorbatschow am 3. Oktober in der Nationalversammlung eine Rede, in der er engere geschäftliche Beziehungen zwischen dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) und der Europäischen Gemeinschaft vorschlug.

Einige seiner Bemerkungen legen den Gedanken nahe, dass es Gorbatschow nicht bloss um Handelsbeziehungen gegangen ist. Mit der «gemeinsamen Sprache ... über konkrete internationale Probleme» mochte er die Hoffnung verbinden, durch ein Abkommen mit der EG die Nato zu spalten – namentlich in der Frage der Strategischen Defensivinitiative.

Überdies könnte Moskau durch ein Abkommen mit der EG seine Position gegenüber den osteuropäischen Satelliten stärken, weil diese ihre Handlungsfreiheit in bilateralen Beziehungen geschmälert sähen.

Jedenfalls wird die sowjetische Absicht klar ersichtlich, Westeuropa von Nordamerika abzukoppeln. Angesichts der antiamerikanischen Einstellung zahlreicher westeuropäischer Medien und der von ihnen desinformierten Bevölkerungsgruppen ist zuzugestehen, dass die politische Kriegführung der Sowjetunion auf dieser Ebene bislang die grössten Erfolge errungen hat.

Peter Sager



Geelhaar
für alle
Teppiche.

für sämtliche
Teppichreparaturen.

für jede
Teppichpflege.

Marktgasse 42 Tel. 22 05 66
Thunstrasse 7 Tel. 43 11 44



Einladung zum Abonnement

Zurücksenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41,
CH-3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD**
zu Fr. 45.- (Ausland sFr. 50.-/DM 57.-).
Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name	Vorname
Strasse	PLZ, Ort
Datum	Unterschrift

22/85